

Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Milliardäre wollen Desinformation bekämpfen und gründen die „Good Information Inc.“](#)
2. [Die Faktenverweigerer](#)
3. [Politikverdrossenheit oder doch Wählerverdrossenheit – wer verspielt hier die Glaubwürdigkeit?](#)
4. [Markt regelt Bahnverkehr](#)
5. [Ex-Charité-Chefvirologe Krüger: „2G ist nicht sicherer – aber unfreier“](#)
6. [Bitte mehr Sachlichkeit: Die meisten Ungeimpften sind alles andere als notorische Impfgegner](#)
7. [Stiko-Professor: Müssen Jugendliche vor der Politik schützen, nicht vor Covid](#)
8. [Covid-Patienten – Kant, Popper und die invasive Beatmung](#)
9. [Ungleichheit: Vielen Daten folgen wenige Taten](#)
10. [Flüchtlingssterben im Niemandsland \(II\)](#)

Vorbemerkung: Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Milliardäre wollen Desinformation bekämpfen und gründen die „Good Information Inc.“**

Man sieht die USA in der Informationskrise und will ein „mediales Ökosystem“ aufbauen, um die „Epidemie der Desinformation“ zu bekämpfen. Unabhängige und

nach allen Seiten kritische Berichterstattung bleibt auf der Strecke.

Das ist schön. Man will uns die Wahrheit offenbaren - oder zumindest „gute“ Informationen. So heißt denn auch eine neue Website goodinfo.us. Dort werden wir gleich bei einem Besuch mit den bedrohlichen Verirrungen der Information konfrontiert: Desinformation, gefährliche Information, schlechte Information, falsche Information, widerlegte Information, Fake-Information und Misinformation. Die Botschaft: „Amerika ist in einer Informationskrise.“ Aber es gibt Rettung.

Nach den Bedrohungen kommt die Aussage oder vielmehr die Werbung: „Wir sind der Meinung, dass eine Regulierung der Social-Media-Plattformen dringend erforderlich ist, ebenso wie verstärkte Investitionen in neue Modelle, bei denen der Wahrheitsgehalt für die Gemeinschaft wichtiger ist als Clickbait und der Schutz der Demokratie wichtiger ist als Gewinne.“ Also scheint es darum zu gehen, neue Plattformen aufzubauen, die nicht auf die Quote oder den Gewinn schauen, die also selbstlos wahre Informationen liefern. Aber irgendwie geht es dennoch immer um Geld und Investitionen und Profite, letztlich um Projekte, die langfristig das Einkommen sichern sollen, um liberale Demokratie und Profit.

„Good Information“ ist ein public benefit Unternehmen, das Gewinne machen soll oder darf. Es soll damit ein „mediales Ökosystem“ aufgebaut werden, um die „Epidemie der Desinformation“ zu bekämpfen und den Strom der guten Information als Inkubator zu vermehren, um „soziales Vertrauen wiederherzustellen und die Demokratie zu stärken“. Devise ist nach einem Memo: „Traditional media is failing. Disinformation is flourishing. It's time for a new kind of media.“

In das neue Wahrheitsunternehmen haben vor allem die Milliardäre Reid Hoffman, der LinkedIn-Gründer und jetzige Partner der Risikokapitalfirma Greylock Partners, und George Soros investiert, dazu die Investoren Kenneth und Jennifer Duda und der Investitionsfond Incite. Geleitet wird Good Information von Tara McGowan, die die demokratische Partei unterstützt und mit ACRONYM Wahlkampf für die Demokraten machte. ACRONYM gründete wiederum 2019 Shadow Inc., eine IT-Firma, die „politische Macht für die progressive Bewegung“ aufbauen wollte, aber scheiterte.
Quelle: [Krass & Konkret](#)

Anmerkung Albrecht Müller: *Interessant.*

2. Die Faktenverweigerer

Faktenverweigerer muss man auch all die Ökonomen nennen, die sich beharrlich weigern, einen Zusammenhang zwischen dem Leistungsbilanzsaldo, dem privaten Sparen und den öffentlichen Defiziten auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Nur wer den einfachen Satz versteht, dass nicht alle Volkswirtschaften und nicht alle Gruppen in

einer Volkswirtschaft gleichzeitig sparen können, sollte überhaupt als ernsthafter Gesprächspartner gelten können. Als beständiger Faktenverweigerer erweist sich zum Beispiel der Präsident des Ifo-Wirtschaftsforschungsinstitutes in München, Clemens Fuest. Der Mann ist Finanzwissenschaftler, schreibt ständig über öffentliche Defizite und Schulden, ohne auch nur einmal zu erwähnen, dass man die öffentlichen Schulden niemals angemessen diskutieren kann, wenn man nicht deren Gegenstücke in Form von Sparen und Verschulden der anderen Sektoren einer Volkswirtschaft ins Bild nimmt. Er schreibt in einem gerade erschienen Aufsatz in der ZEIT (zusammen mit Harold James), für die Forderung nach einer massiven Ausdehnung der Staatsausgaben fehlten „überzeugende Argumente“. Doch mit dem mit Abstand wichtigsten Argument, der Tatsache, dass in Deutschland und vielen anderen Ländern die Unternehmen nicht mehr Schuldner, sondern Sparer sind, setzt er sich nicht auseinander.

Ein notorischer Faktenverweigerer ist auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR). Schon einige Male in den vergangenen Jahren musste er zugestehen, dass die deutschen Unternehmen inzwischen Netto-Sparer geworden sind und damit ihre eigentliche Rolle in einer Marktwirtschaft nicht mehr ausfüllen können (wie beispielsweise hier gezeigt). Das hindert ihn jedoch nicht daran, die deutschen und die europäischen Politiker aufzufordern, die Schuldenbremse und die europäischen Schuldenregeln einzuhalten, obwohl (wie hier zuletzt gezeigt) klar ist, dass jeder Versuch der Einhaltung durch alle EU-Staaten gleichzeitig scheitern muss, weil andere Schuldner als die Staatshaushalte derzeit nicht zur Verfügung stehen.

Quelle: [Heiner Flassbeck auf Relevante Ökonomik](#)

3. **Politikverdrossenheit oder doch Wählerverdrossenheit - wer verspielt hier die Glaubwürdigkeit?**

Die Verhandlung der technischen Arbeitsgruppen der Ampelkoalitionäre nähert sich dem Ende. Folgt man dem, was bisher öffentlich über die Verhandlungen berichtet wird, hat die FDP dafür gesorgt, dass von den ursprünglichen Plänen von SPD und Grünen, Vermögen, Erbschaften und hohe Einkommen zu besteuern nur sehr wenig bis nichts übrig geblieben ist. Zwei aktuelle Umfragen vergleichen dieses Ergebnis mit dem Willen der Bürger*innen.

1. Umfrage der Böckler-Stiftung, Zeitraum: 28.9 bis 12.10.2021, 2.186 Befragte
Der Umfrage zufolge, spricht sich eine deutliche Mehrheit über alle Altersgruppen und Parteigrenzen hinweg für höhere staatliche Investitionen und Ausgaben in den Bereichen Krankenhaus und Pflege (86,3%), Bildung (78,6%) oder Sicherheit und Infrastruktur (65 bis 67%) aus. Lediglich beim Thema Klima und Umwelt findet sich unter den AfD eine Mehrheit gegen höhere staatliche Investitionen. Mit 70,4% landen

Investitionen für den Klimaschutz trotzdem auf Platz 3 der Befragten-Wünsche. Allerdings - und hier liegt wohl eine wichtige Erklärung für das Ergebnis der Wahlen und der aktuellen Ampel-Verhandlungen - hoffen 62% der Wählenden diese zusätzlichen Investitionen vor allem durch Ausgabenkürzung zu ermöglichen. Nur 7,5% wollen dafür Steuern erhöhen. Auch für die Finanzierung von Defiziten - wie sie zum Beispiel durch die Rückzahlung von Corona-Schulden entstehen dürften, präferieren die Wähler die Ausgabenkürzung (30,8%) vor der Kreditfinanzierung (30,7%) und der Steuererhöhung (23,5%).

Schaut man sich die Zahlen aber genauer an, offenbart sich der Widerspruch und eine mögliche Lösung: 59,2% aus der Fraktion der Ausgabenkürzer wollen Subventionen abbauen, während nur 9% soziale Leistungen streichen würden (Mehrfachnennungen waren möglich). Schließt man jedoch die Subventionen vom Abbau aus, die Menschen mit geringem Einkommen betreffen oder den Klimaschutz fördern sollen, bleibt am Ende wenig übrig; mit einer großen Ausnahme: die Erbschaftssteuerbefreiungen für große Betriebsvermögen, die mit 5,1 Milliarden Euro im Subventionsbericht auftauchen - und die auch bei der Fraktion der Steuererhöher hoch im Kurs stehen.

Quelle: [Netzwerk Steuergerechtigkeit](#)

4. **Markt regelt Bahnverkehr**

SPD, Grüne und FDP planen Zerschlagung des Staatsunternehmens.

Monopolkommission empfiehlt Privatisierung von DB-Konzern, Post und Telekom (...)

DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell protestierte: »Das Beispiel Abellio in Nordrhein-Westfalen zeigt: Private Anbieter können auch zu weniger Angebot führen.

Privatisierung ist nicht der richtige Weg«, sagte er gegenüber jW. Damit die Bahn als klimaverträglichstes Verkehrsmittel endlich ihr Potential ausschöpfen könne, müsse die neue Bundesregierung alle Signale auf Wachstum für den Schienenverkehr stellen.

In den Koalitionsverhandlungen ziere die SPD sich noch, der Zerschlagung zuzustimmen, weil sie den Protest der Eisenbahnergewerkschaft EVG fürchte, berichtete der Spiegel weiter. Die Gewerkschaft will von einer Zerschlagung nichts wissen. Ein solcher Schritt »würde einen Stillstand bei der Verkehrswende bedeuten«, teilte der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Martin Burkert gegenüber dpa mit. Die EVG kündigte »massive Proteste« an, sollte eine künftige »Ampel«-Koalition in der Bundesregierung den Konzern zerschlagen wollen. »Die Trennung ist für uns eine rote Linie.«

Quelle: [junge Welt](#)

Anmerkung J.K.: *In den Ideen von Grünen und FDP manifestiert sich stumpfer Neoliberalismus. Man müsse die Bahn zerschlagen, um mehr Wettbewerb auf die Schiene zu bringen und dann wird alles gut. Das so ein Stuss immer noch verbreitet*

wird. In Großbritannien wurde die Bahn vollständig privatisiert. Die Folge, explodierende Fahrpreise und eines der schlechtesten Bahnsysteme in Europa. Ideen wie die Bahn wieder ein flächendeckendes Transportsystem für die Bürger werden kann, gibt es seit Jahrzehnten. Ein Vorbild ist sicher auch die Schweiz. Geschehen ist bis heute nichts. Die Vorschläge aus den Koalitionsverhandlungen zeigen deutlich, dass die Grünen zwar immer von Klimapolitik und Verkehrswende schwadronieren, aber über den Horizont ihrer in den gentrifizierten Innenstadtbereichen lebenden Wählerklientel, die autofreie, fahrradfreundliche und begrünte Stadtviertel möchte, nicht hinaus blicken.

dazu: Nein zur Zerschlagung und Privatisierung der Bahn

Was für ein Irrsinn: FDP und Grüne wollen die Deutsche Bahn zerschlagen und Teile des Betriebes privatisieren. Für die Beschäftigten heißt das am Ende Jobverlust oder schlechtere Arbeitsbedingungen und niedrigere Bezahlung. Für die Bahnkunden ist weiteres Chaos programmiert, das zeigt nicht zuletzt die Privatisierung der Eisenbahn in Großbritannien. Die von Thatcher betriebene Aufspaltung der British Rail in 25 Betreibergesellschaften ist komplett gescheitert und soll wieder rückgängig gemacht werden.

Dem britischen Privatisierungswahn stehen die Schweizerischen Bundesbahnen SBB entgegen, die eine Zerschlagung immer abgelehnt haben und dafür nicht nur qualitativ hochwertigen und zuverlässigen Zugverkehr anbieten, sondern bei denen die Fahrgastkilometer auch nur halb so viel kosten wie auf der Insel. Und auch bei unseren Nachbarn in Frankreich ist die Trennung in Netz und Betrieb wieder zurückgenommen worden, weil sie weder für die Fahrgäste noch für Betreiber und Steuerzahler von Vorteil war.

Wir brauchen in Deutschland eine gute Verkehrsversorgung, einen dichten Takt bei den Verbindungen und rasche Anschlussfahrten, nicht einfach nur mehr „Wettbewerb“ genannten Anbieterwirrwarr, bei dem am Ende kein Kunde mehr durchblickt und jeder Betreiber nur macht, was sich rechnet und den eigenen Profit maximiert.

Quelle: [Sevim Dagdelen in Linke Zeitung](#)

5. Ex-Charité-Chefvirologe Krüger: „2G ist nicht sicherer - aber unfreier“

BILD: Politiker wie Markus Söder, Michael Kretschmer und Karl Lauterbach wollen die 2G-Regelung massiv ausweiten, um den Anstieg der Hospitalisierungen und Todesfälle zu bremsen. Ungeimpfte müssen dann draußen bleiben. Ist das der richtige Schritt? Detlev Krüger: „Die Hoffnung dieser Politiker ist es sicherlich, durch ‚2G‘ die Ausbreitung des Virus stärker kontrollieren zu können. Aber so einfach ist das nicht, weil sich immer mehr herausstellt, dass auch vollständig geimpfte Personen das Virus

weitergeben können. Wir erreichen durch die Impfung keine sterile Immunität. Es ist, wie Hendrik Streeck es formuliert hat: Die Impfung ist vor allem Eigenschutz, nicht Fremdschutz. Insofern bezweifle ich, dass die 2G-Regelung eine Verbesserung zu 3G darstellt. Im Endeffekt bedeutet 2G nur mehr Unfreiheit, ohne mehr Sicherheit zu bieten. Deshalb hat auch das Testen weiterhin Bedeutung.“ [...]

Warum befassten sich Politik, Medien und Teile der Wissenschaft so intensiv mit dem Infektionsgeschehen bei Kindern - und so wenig mit den Kollateralschäden?

Krüger: „Das frage ich mich auch. Es zeigt aber: Kinder haben keine Lobby. Kinder können sich nicht wehren. Und gerade deswegen haben sie unsere besondere Fürsorge verdient. Es gibt Politiker, die verstehen unter Fürsorge, die Schulen zu schließen und die Kinder durchzuimpfen. Nach meiner Meinung bedeutet Fürsorge: Kindern ein freies Leben zu ermöglichen - und gute Bildung und Entwicklung.“

Kinder und Jugendliche impfen: Ja oder nein?

Krüger: „Ich halte es - außer beim Vorliegen bestimmter Grunderkrankungen - nicht für notwendig. Ältere und Vorerkrankte sollten sich unbedingt impfen lassen, auch zum dritten Mal. Wenn man aber Nutzen und mögliche Schäden der Impfung bei Kindern abwägt, sieht das ganz anders aus.“

Quelle: [Bild](#)

dazu: 2G - sinnvoll oder gefährlich?

Ob 2G die vierte Welle tatsächlich zu brechen vermag und einen positiven Einfluss auf Hospitalisierungsrate und Impfquote nimmt, ist nach aktueller Datenlage eher fraglich und wird maßgeblich davon abhängen, ob niedrigschwellige Testangebote zur Verfügung stehen und angenommen werden. Da 2G mit dem Versprechen kommuniziert wurde, die Zumutungen für Geimpfte möglich gering zu halten, ist eher nicht davon auszugehen, dass Veranstalter dieses Angebot proaktiv machen werden. Gleichzeitig stehen Personen, die sich testen wollen, keine kostenlosen Bürgertests mehr zur Verfügung und auch das Angebot an Selbsttests im Handel wird mit dem Auslaufen der Sonderzulassungen weiter abnehmen.

Gleichzeitig besteht ein nicht unerhebliches und bisher in der öffentlichen Wahrnehmung weit unterschätztes Infektionsrisiko auch im 2G Bereich. Die fehlende oder z.T. bewusst verharmlosende Kommunikation dieses Risikos sorgt für ein falsches Sicherheitsgefühl und unterwandert die Bereitschaft zu pro-aktiven Tests.

Daher muss hier auf politischer Seite unbedingt nachgesteuert werden. Die Einführung einer Testpflicht unabhängig vom Impfstatus in den vulnerablen Bereichen kann nur ein Anfang sein (2G-Quadrat). Ein wirksamer Schutz vor einer Überlastung der Intensivkapazitäten darf in diesem Winter nicht allein auf den wackeligen Beinen der Impfquote stehen, sondern muss durch zügige Boosterimpfungen und wieder

ausgeweiteten Tests in vulnerablen Bereichen, bei Veranstaltungen und an Arbeitsplätzen flankiert werden. Gleichzeitig muss das Risiko, das auch von geimpften Personen ausgeht und für geimpfte Personen besteht, transparent kommuniziert werden, um den Menschen die Möglichkeit zu eigenverantwortlichem Handeln zu geben!

Quelle: [Publikum](#)

6. **Bitte mehr Sachlichkeit: Die meisten Ungeimpften sind alles andere als notorische Impfgegner**

Hier die Focus-Kolumne von Sahra Wagenknecht vom 8.11.2021:

Die vierte Corona-Welle rollt. Doch spricht wenig dafür, dass der finanzielle Druck auf Ungeimpfte und ihre zunehmende Ausgrenzung aus dem öffentlichen Leben das Infektionsgeschehen eindämmen. Viele der aktuellen Maßnahmen bewirken eher das Gegenteil. Es wird Zeit, zu einem Mindestmaß an Sachlichkeit in der überhitzten Debatte zurückzukehren.

Schon wieder steigen die Inzidenzen. Und mit Ihnen die Nervosität. Der aktuelle Wert liegt bei rund 170 und damit deutlich höher als vor einem Jahr. Auch die Intensivstationen werden wieder voller. Mit gut 2000 Corona-Patienten ist die Belegung zwar noch weit von den Spitzenwerten der zweiten und der dritten Welle entfernt, als 5700 beziehungsweise 5100 Menschen mit schweren Corona-Verläufen intensivmedizinisch betreut werden mussten. Aber die kühle Jahreszeit hat ja auch gerade erst begonnen.

Quelle: [Focus Online](#)

dazu: Impfpflicht? Wunschdenken!

Debatte über obligatorische Immunisierung gegen Corona reißt nicht ab. Befürworter werden wenig konkret. Sie werden wissen, warum. Ein Kommentar [...]

“Intensiv auseinandersetzen” und “werden wir diskutieren müssen” aber sind Ausdrücke der politischen Hilf- und Ahnungslosigkeit. Fakt ist, dass trotz zahlreicher Meinungsbekundungen von Befürwortern und Gegnern einer allgemeinen oder sektoralen Impfpflicht ein solches Vorhaben bisher kaum konkretisiert worden ist. Und dafür gibt es gute Gründe.

Eine Impfpflicht und der damit einhergehende schwere Eingriff in die Grundrechte und Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger darf nach dem Grundgesetz nur die Ultima Ratio sein und bedarf darüber hinaus einer guten Begründung. Sollte eine Impfpflicht ernsthaft im Zuge eines Gesetzgebungsverfahrens diskutiert werden, müssten sich die Autoren also zunächst mit der Frage auseinandersetzen, ob und inwieweit andere Schutzmaßnahmen ausgeschöpft worden sind. Angesichts der

aus Kostengründen eingestellten und nun wieder eingeführten Gratis-Schnelltests sähe es für ein konkretes Gesetzesvorhaben wohl nicht gut aus.

Schwerwiegender aber wäre die Frage, ob die Impfung gegen Sars-CoV-2 und seine Varianten einen derart umfassenden Schutz bietet, dass eine obligatorische Impfung gerechtfertigt ist. Und das ist die große offene Flanke der Befürworter einer Impfpflicht.

Denn mit zunehmender Dauer der Impfkampagne nach "teleskopierten", also zeitlich verkürzten und sich überschneidenden Phase-I bis -III-Studien, mehren sich die Zweifel an einer - Achtung! - für eine Impfpflicht hinreichenden Wirksamkeit der Vakzine.

Quelle: [Telepolis](#)

dazu auch: US-Bundesgericht verordnet vorläufigen Stopp für Bidens Impfzwang

Das erste der vielen Verfahren, die gegen die von der Regierung Biden verhängte Impfpflicht für Privatunternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern geführt werden, hat einen zumindest vorläufigen Erfolg erzielt: Die Verordnung wurde vorerst ausgesetzt, bis in der Hauptsache verhandelt wird. Das Gericht setzte der US-Regierung eine Frist bis Montag, 17 Uhr zur Erwidmung. Geklagt hatte der US-Bundesstaat Texas. Dessen Gouverneur schrieb auf Twitter:

"Das Gericht hat soeben den vorläufigen Stopp von Bidens Impfpflicht verfügt. In Kürze wird es eine Dringlichkeitsanhörung geben. Wir werden unseren Tag vor Gericht haben, um Bidens verfassungswidrigen Amtsmissbrauch zu Fall zu bringen." Ähnlich äußerte sich der Justizminister des US-Bundesstaates Ken Paxton auf Twitter. Er schrieb:

"Gestern habe ich die Biden-Regierung wegen ihrer rechtswidrigen Impfpflicht verklagt. WIR HABEN GEWONNEN. Heute morgen setzte das Gericht unter Verweis auf 'schwerwiegende gesetzliche und verfassungsrechtliche Belange' die Impfpflicht aus. Der Kampf ist noch nicht vorbei, aber ich werde niemals aufhören, mich den verfassungswidrigen Anmaßungen dieser Regierung zu widersetzen!"

Der Federal Court of Appeal, auf Deutsch Bundesberufungsgericht, ist in diesem Fall die erste Instanz für einen Rechtsstreit zwischen dem Bund und einem Bundesstaat. Die Umsetzung der Verordnung wurde ausgesetzt, da der Kläger hatte glaubwürdig machen können, dass sie gegen Gesetz und Verfassung verstoßen könnte.

Quelle: [RT DE](#)

- 7. Stiko-Professor: Müssen Jugendliche vor der Politik schützen, nicht vor Covid**
Rüdiger von Kries ist Epidemiologe und Jugendmediziner. Er sagt: Die Impfung von

Jugendlichen ist „nicht das Entscheidende zum Überleben unserer Republik“. Mit Einführung der 2G-Regeln in immer mehr Bereichen des öffentlichen Lebens geraten Kinder und Jugendliche verstärkt in den Fokus. Der Epidemiologe Prof. Dr. Rüdiger von Kries ist seit 1998 Mitglied der Ständigen Impfkommission und nach Angaben des Robert-Koch-Instituts Mitglied der Arbeitsgruppe Covid-19-Impfung. Dass 2G Regeln auch für Jugendliche gelten, kritisiert der Mediziner scharf. In einem Interview mit dem öffentlich-rechtlichen Bayerischen Rundfunk sagt der Impfbefürworter von Kries, man müsse Jugendliche „vor der Politik schützen und nicht vor Covid“. [...]

„Nicht indem wir ihnen die Hölle heiß machen und nicht, indem wir Ihnen das Leben unangenehm machen“. Sollte ihn ein Jugendlicher fragen, werde er sagen: Ja, lass Dich impfen. Von Kries sagt weiter, dass der Benefit einer Impfung für die eigene Gesundheit zwar begrenzt, aber gegeben sei. Der Hauptgewinn der Impfung für einen Jugendlichen sei aber, dass ihm Dinge „erspart bleiben“, die „Ungeimpften im Leben auferlegt werden“. Wenn ein Jugendlicher der Meinung sei, eine Erkrankung mit Corona würde bei ihm vermutlich nicht schwer verlaufen, habe er damit „wohl recht“. Quelle: [Berliner Zeitung](#)

Anmerkung Tobias Riegel: *Der Impfdruck auf Kinder und Jugendliche ist besonders verwerflich und die Drangsalierung der Kinder durch Corona-Maßnahmen als „Schutz“ zu bezeichnen, ist absurd – lesen Sie dazu auch [„Nehmt die Kinder vor den ‚Beschützern‘ in Schutz“](#).*

8. Covid-Patienten - Kant, Popper und die invasive Beatmung

Invasive Beatmung hat unnötigerweise zu stark erhöhter Sterblichkeit bei Covid-Patienten geführt. Etwas mehr angewandte Erkenntnistheorie nach Popper hätte auf den Intensivstationen viele Menschenleben retten können. Und Kants Appell an die Aufklärung hätte die Verbreitung falschen Wissens früher gestoppt. Karl Popper (1902–1994) beschreibt wohl am klarsten die beste Lösungsmethode eines wissenschaftlichen Problems. Es entspricht weitgehend unserer natürlichen Denkweise, wenn wir vorurteilslos eine wichtige Fragestellung angehen. Die berühmte Formel lautet: Problem 1 → Hypothesenerstellung → wissenschaftliche Untersuchungen → Problem 2. Um also zu sehen, ob ein Problem überhaupt ein ungelöstes ist, muss man vorurteilslos die vorhandenen Daten prüfen. Das bedeutet, tief und insbesondere breit in die Literatur einzusteigen. Nicht selten findet man hier bereits die Lösung und kann aufhören. Fehlen aber entsprechenden Daten, so müssen mehrere Hypothesen erstellt werden, um das Problem zu klären. Üblicherweise beginnt man mit der einfachsten bzw. plausibelsten Hypothese, bekannt auch als

Ockhams Rasiermesser.

Durch entsprechende wissenschaftliche Arbeiten mit möglichst falsifizierendem Ansatz werden die Hypothesen abgearbeitet oder gegebenenfalls ergänzt. Das ist mit Poppers berühmt gewordenem „Trial and Error“ gemeint. Übrigens, so sagte er selbst, sind auch die verrücktesten Hypothesen zugelassen. Erst dann beginnt die kritisch rationale Arbeit. Findet sich eine Lösung, so ist man entweder fertig oder bei einem neuen Problem angelangt. Allerdings hat jetzt das Problem 2 bzw. die neue Hypothese eine höhere Wahrheitsähnlichkeit, denn sie erklärt mehr Phänomene.

Nun wird genau das leider in der derzeitigen Behandlung von Covid-Patienten bei der maschinellen Beatmung und der Sauerstofftherapie nicht gemacht, obwohl wesentliche Erkenntnisse dazu schon lange publiziert sind.

Quelle: [Cicero](#)

9. **Ungleichheit: Vielen Daten folgen wenige Taten**

Die Einkommensschere ging in der Pandemie auseinander, zeigt ein neuer Bericht. Die Ärmsten erkrankten auch häufiger und schwerer.

(...) An Bildern arm, aber weit mehr als tausend Worte lang ist der Bericht, den der Bund letzte Woche zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Armut und sozialökonomische Ungleichheit veröffentlicht hat. Der bislang weitgehend unbeachtete Beitrag fasst die Ergebnisse von über hundert laufenden oder abgeschlossenen Forschungsprojekten in der Schweiz zusammen. Für den Bericht verantwortlich ist das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV).

Das etwas umständlich formulierte Fazit der vom BSV beauftragten Autoren ist eindeutig: die bereits vorliegenden Ergebnisse würden auf «eine unmittelbare Verschärfung der sozioökonomischen Ungleichheit im Kontext der Pandemie und der Maßnahmen zur Eindämmung» hinweisen. Es handle sich zwar um ein vorläufiges Fazit, jedoch liege ein «großer Fundus an Datengrundlagen vor». Die Ergebnisse im Detail:

Quelle: [Infosperber](#)

dazu auch: Mit „exorbitanten Gehaltssteigerungen“ und flexiblen Arbeitsmodellen gegen den Personalmangel im Gastgewerbe?

Es sollte angekommen sein, dass sich die Kräfteverhältnisse auf vielen Arbeitsmärkten zu verschieben beginnen. Anders ausgedrückt: Nun sind die Arbeitnehmer dran, weil sie weniger werden, vor allem bei den Fachkräften, sie könnten nun ganz andere Bedingungen erstreiten, wobei der Konjunktiv hier besonders unterstrichen werden muss, denn das ist kein Selbstläufer. Das betrifft nicht nur Bereiche wie die Pflege, sondern auch Handwerker und Facharbeiter werden zur Mangelware. Selbst un- und angelernte Arbeitskräfte werden zunehmend knapp. Corona hat in manchen Branchen

wie ein Brandbeschleuniger gewirkt, da es Abwanderungsbewegungen in größerem Umfang gegeben hat. Der Hotel- und Gaststättenbereich - im vergangenen Jahr ziemlich gebeutelt von den Betriebsschließungen und selbst nach der Öffnung begrenzt durch die Auflagen - ist hier ein besonders betroffenes Beschäftigungssegment, nicht wenige haben die Betriebe verlassen und sich in andere Branchen umorientiert. Bessere Bezahlung, bessere Arbeitszeitbedingungen - warum soll man dann wieder zurückkommen?

Quelle: [Aktuelle Sozialpolitik](#)

10. **Flüchtlingssterben im Niemandsland (II)**

In ihrem erbitterten Kampf gegen Flüchtlinge zieht die EU die Zulassung offener Völkerrechtsbrüche an den EU-Außengrenzen in Betracht und droht mit einer Sanktionsschlacht gegen Fluggesellschaften. Anlass sind die Flüchtlinge, die über die Grenze zwischen Belarus und Polen in die Union zu gelangen suchen. Warschau schottet die Grenze immer härter ab; mindestens acht Flüchtlinge sind mittlerweile im Niemandsland zu Tode gekommen. UN-Organisationen laufen Sturm. Obwohl zahlreiche Flüchtlinge aus Ländern stammen, die von europäischen Staaten per Krieg zerstört (Afghanistan, Irak) oder durch die Förderung bewaffneter Aufstände und durch Sanktionen ruiniert wurden (Syrien), ist die EU nicht bereit, sie aufzunehmen; stattdessen wird in Brüssel nun die Zulassung von Pushbacks diskutiert, die laut Genfer Flüchtlingskonvention illegal sind. Zudem stellt die Union Sanktionen gegen Fluggesellschaften in Aussicht, mit deren Flugzeugen Flüchtlinge nach Belarus gelangen; erwogen wird der Entzug von Landerechten. Betroffen sind Airlines aus der Türkei, aus Russland, den Vereinigten Arabischen Emiraten und weiteren Ländern.

Quelle: [German Foreign Policy](#)